

**Ziviler
Friedensdienst**



Bundeswehr

Ausgabe 2/2011

Frieden braucht Fachleute – Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

20 Millionen mehr vom Militär!

Kampagne für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes

Unsere Forderung

Wir haben zu wenig zivile Instrumente und zu viel Militär. Der Zivile Friedensdienst muss ausgebaut werden.

Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, für drei Jahre je 20 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt für den weiteren Ausbau des Zivilen Friedensdienstes umzuwidmen.

Zivilen Friedensdienst ausbauen

Der Zivile Friedensdienst hat in mehr als zehn Jahren praktischer Arbeit bewiesen, dass er wichtige Beiträge zur Friedensförderung leisten kann. Eine umfassende und unabhängige Evaluierung hat Wirkungen des ZFD überprüft und Wege zum weiteren Ausbau aufgezeigt. Von einzelnen Projekten mit wenigen Friedensfachkräften in einem Land muss der Zivile Friedensdienst weiterentwickelt werden, hin zu größeren Programmen der zivilgesellschaftlichen Friedensförderung.

Gewaltfreie Prävention statt militärische Reaktion!

Gewaltprävention ist auch langfristig weitaus preiswerter als militärisches Eingreifen im Falle von Gewalt eskalationen. Stattdessen werden Auslandseinsätze der Bundeswehr fortgesetzt, ohne dass realistische Perspektiven für ein Ende der Gewalt aufgezeigt werden. Die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr erreichten im Jahr 2010 die Rekordsumme von 1,36 Milliarden Euro. Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst sanken von 30 auf 29 Millionen.

**20 Millionen beim Militär einsparen
20 Millionen Euro verbrennen in
250 Flugstunden eines Eurofighters.
Jede Woche, die die Bundeswehr
in Afghanistan verbleibt, kostet
die Steuerzahler/-innen
20 Millionen Euro!**

20 Millionen Euro beim Zivilen Friedensdienst anlegen

Mit 20 Millionen Euro im Jahr können weitere 200 Fachkräfte im Zivilen Friedensdienst eingesetzt werden. Die Erhöhung ermöglicht einen bedeutsamen und zugleich verantwortungsvollen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.



Zum Auftakt der Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär« wurde vor dem Verteidigungsministerium in Berlin eine Scheckübergabe inszeniert: Verteidigungsminister Thomas de Maizière überreichte seinem Kollegen Dirk Niebel symbolisch 20 Millionen Euro. Niebels Entwicklungsministerium fördert den Zivilen Friedensdienst.

Erinnern Sie sich an die letzten Präsidentschaftswahlen in Kenia? Wahrscheinlich nicht. Sie verliefen weitgehend gewaltfrei. Eine drohende Konfrontation zwischen Anhängerinnen und Anhängern von Wahlsieger und Unterlegenen, wie jüngst in der Elfenbeinküste geschehen, konnte verhindert werden. Das war nicht zuletzt das Verdienst gut vernetzter zivilgesellschaftlicher Initiativen im ganzen Land. Mit der Verbreitung korrekter, unparteilicher Informationen verhinderten sie, dass durch einzelne Gewalttaten eine Gewaltspirale losgetreten wurde. Von diesen und ähnlichen Erfolgen ziviler Konfliktbearbeitung erfahren wir oft gar nicht.

Protest regt sich, wenn über Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden wird. Doch kaum jemand meldet sich zu Wort, wenn wieder einmal zu wenig in gewaltfreie Mittel investiert wird, um das Entstehen von Krieg und Gewalt frühzeitig zu verhindern. Dabei ist Gewaltprävention längst kein utopisches Wunsdenken mehr, sondern eine Frage der politischen Vernunft.

Ziviler Friedensdienst wirkt

Nicht nur in Deutschland und Österreich, auch in Skandinavien und Großbritannien wurden in den letzten Jahrzehnten Programme der Friedensförderung eingerichtet, wissenschaftliche Institute und Studiengänge beschäftigen sich intensiv mit dem Thema. Politisch Ver-

antwortliche können heute auf ein fundiertes Wissen über die Möglichkeiten der sogenannten zivilen Krisenprävention zurückgreifen. Der Zivile Friedensdienst zählte zu den ersten staatlich geförderten Programmen dieser Art. Schon im Jahr 2004 nannte die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst das »wichtigste friedenspolitische Instrument zur Förderung von Friedenspotenzialen der Zivilgesellschaft«. Auch die aktuelle Bundesregierung schrieb noch im Jahr 2010, der Bedarf sei unverändert groß und werde künftig eher noch steigen. Doch die Mittel im Haushalt des Jahres 2011 wurden um eine Million Euro gekürzt.

Derweil konzentriert sich die sicherheitspolitische Diskussion in Deutschland vor allem auf die Reform der Bundeswehr. Im Zentrum steht der Umbau zu einer »Armee im Einsatz«. Im Frühjahr 2011 trat der 250.000ste deutsche Soldat einen Auslandseinsatz an. Vor 20 Jahren wurde die Bundeswehr erstmals in einen Auslandseinsatz entsandt. Die direkten Kosten dieser Einsätze beliefen sich nach Angaben der Bundesregierung bisher auf mehr als 13 Milliarden Euro.

Vernetzte Friedensstrategie

Nicht diskutiert wird jedoch die Frage: Welche Friedensstrategie wollen wir in den nächsten 30 Jahren verfolgen? Welche globalen Beiträge zur Sicherung der Menschenrechte und des Friedens kann und will

Deutschland leisten? Und welche zivilen Potenziale, welche militärischen brauchen wir dafür? Statt drauflos zu reformieren und am Ende wieder eine zu große und zu teure Armee zu haben, sollten wir fragen: Was haben wir Deutsche aus Krieg und Diktatur gelernt? Welche guten und friedensfördernden Angebote könnten wir der Weltgemeinschaft unterbreiten?

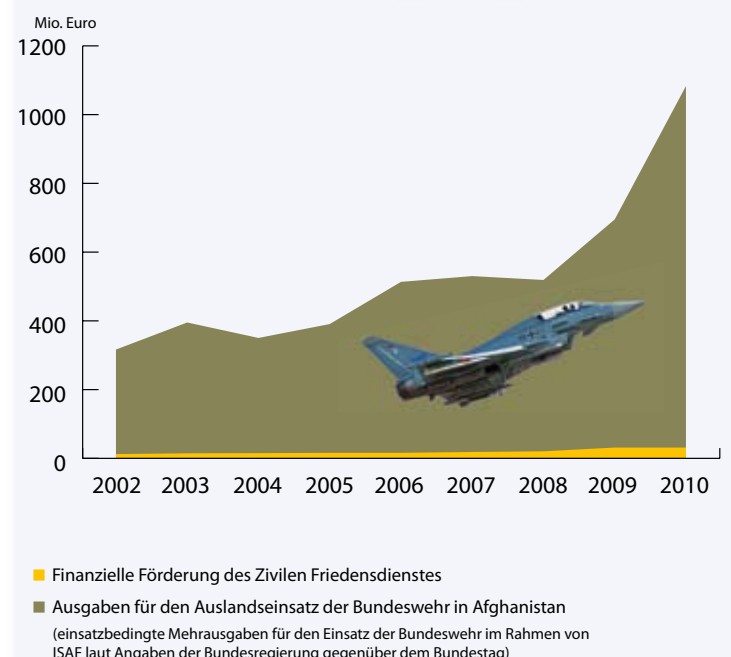
Es geht an dieser Stelle nicht darum, Bundeswehreinsätze generell infrage zu stellen. Auch viele Soldatin-

nen und Soldaten sagen, mit militärischen Mitteln könne man lediglich versuchen, im Sinne einer Schutzverantwortung massive Gewalt einzudämmen. Politische Lösungen und dauerhafter Frieden sind mit Militäreinsätzen nicht erreichbar. Im Gegenteil: Oft wird damit eine friedliche Lösung behindert.

Jetzt das Richtige tun

20 Millionen mehr für den Zivilen Friedensdienst – das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nicht mehr und nicht weniger. Baut die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst jetzt nicht weiter aus, folgen also den Worten nicht endlich auch Taten: Dann bleiben alle Bekenntnisse zur Bedeutung der zivilen Krisenprävention unglaubwürdig. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Die Verantwortlichen in Regierung und Bundestag kennen sie. Fachpolitiker/-innen aller Parteien sind sich bezüglich der Notwendigkeit einer Stärkung der zivilen Krisenprävention weitgehend einig. Unsere Aufgabe ist es, sichtbar, lautstark und fachkundig für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes einzutreten. Lassen Sie uns versuchen, die gewaltfreie Prävention zu einem breiten gesellschaftlichen Anliegen zu machen, dem auch die Bundesregierung Rechnung tragen muss. ■

Kosten des Afghanistaneinsatzes und ZFD-Förderung im Vergleich



Der Zivile Friedensdienst (ZFD)

Im Zentrum des ZFD steht die Entsendung von Fachkräften für zivile Konfliktbearbeitung. Zur Ausbildung dieser Expertinnen und Experten für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten haben die Träger des ZFD spezielle Kurse entwickelt. Die Friedensfachkräfte sind im Einsatz, um langfristig an der Überwindung von Hass und Gewalt zu arbeiten und insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort in der Friedensarbeit zu unterstützen. Zunehmend arbeiten auch Menschen aus den Konfliktregionen selbst als Fachkräfte im Rahmen des ZFD. Dieser tritt also in den Konfliktregionen nicht als Geldgeber, sondern als Berater und Vermittler auf. Dieses Prinzip des ZFD ist einer der Schlüssel für eine nachhaltige Friedensförderung, die an den Interessen der Betroffenen orientiert ist. Auf vielfältige Weise trägt der ZFD schon jetzt weltweit zu Frieden und Versöhnung bei.

Geschichte

Der Zivile Friedensdienst ist aus einer Initiative von Friedens- und Entwicklungsorganisationen hervorgegangen. Seit 1999 wird der ZFD mit finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von acht Organisationen durchgeführt. In rund elf Jahren wuchs die jährliche Förderung auf aktuell 29 Millionen Euro an. Im Jahr 2010 waren weltweit 250 Friedensfachkräfte im Einsatz.

Was bisher erreicht wurde

Im Frühjahr dieses Jahres wurde die erste umfassende Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes veröffentlicht. Sie bescheinigt dem ZFD Wirkungen in der Friedensförderung, insbesondere auf lokaler Ebene – also dort, wo Veränderungen für die Menschen besonders spürbar werden. Die Beispiele Bosnien-Herzegowina und Burundi auf dieser Seite verdeutlichen das. Die Evaluierung empfiehlt daher eine verstärkte finanzielle Förderung des

ZFD, um Länderprogramme auszubauen und Wirkungen über die lokale Ebene hinaus zu ermöglichen.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Wichtige Friedens- und Versöhnungsinitiativen nehmen ihren Anfang in der Zivilgesellschaft, oft bevor sie von Regierungen aufgegriffen werden. Wo Staaten nicht in der Lage oder bereit sind, ihre Bürger zu schützen und Konflikte zu regeln, übernehmen die Menschen oft selbst die Verantwortung. In Nachkriegsländern sind die gesellschaftlichen Strukturen durch Gewalt und Vertreibung meist zerstört. Der ZFD unterstützt den (Wieder-) Aufbau vor allem durch Beratung und Fortbildung der Bürger/-innen.

Mitsprache für benachteiligte Gruppen

Der ZFD unterstützt benachteiligte Gruppen dabei, ihre Interessen in Konflikten gewaltfrei zu vertreten. Durch den Klimawandel und die Ausweitung von Anbauflächen für



Die Brücke von Mostar wurde nach dem Krieg wieder aufgebaut. Dennoch ist Mostar bis heute eine geteilte Stadt. Das Land braucht neue Brücken zwischen den Bevölkerungsgruppen.

sogenannten Ökosprit entstehen weltweit neue Konflikte, zum Beispiel zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen und nationalen Konzernen und Regierungen oder zwischen Bauern und Viehzüchtern. Dies betrifft so unterschiedliche Länder wie Niger, Kolumbien oder die Philippinen.

Traumaarbeit mit Veteranen

Traumata der Betroffenen stehen nach gewaltsamen Konflikten einer Aussöhnung entgegen. Ehemalige Kämpfer, oftmals traumatisiert, treten häufig als Gewalttäter und Gegner von Dialog und Versöhnung auf. Der ZFD unterstützt den Aufbau von Traumazentren und damit die Reintegration von Veteranen in die Gesellschaft.

Orte für den Dialog

Die Friedensfachkräfte im ZFD nehmen die Rolle einer dritten, unabhängigen Partei im Konflikt ein. Sie können Gruppen aus den Konfliktparteien zum Dialog einladen und vermitteln. Dies geschieht zum Beispiel über das Willy-Brandt-Zentrum zwischen israelischen und palästinensischen Jugendorganisationen und Parteien. Der ZFD schafft dort Räume des Dialogs, wo sich Konfliktparteien sonst nur selten begegnen können.

Friedensjournalismus

Medien können Konflikte anheizen – so geschehen beim Völkermord in Ruanda. Medien können aber ebenso deeskalieren und

durch sachliche und an der Wahrung der Menschenrechte orientierte Informationen den Abbau von Feindbildern befördern. Der ZFD bildet Journalistinnen und Journalisten lokaler Radiosender aus, da-

mit sie in ihrer Berichterstattung allen Gruppen eine Stimme geben, statt Konflikte zu verschärfen und Feindbilder zu bestätigen. Der ZFD unterstützt Kooperationen unabhängiger Medienzentren und Men-

Ägypten

Die Situation

Ägypten kann durch die revolutionären Ereignisse eine Vorbildfunktion in der arabischen Welt einnehmen. Denn: Nicht die Islamisten oder Nassaristen waren ausschlaggebend, sondern die Menschen auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Eine junge, digital vernetzte Generation fordert Teilhabe und Mitbestimmung.

Der Rücktritt Mubaraks ist dabei erst der Anfang eines Prozesses. Das Land steht vor einer Reihe ungeklärter Fragen und struktureller Probleme: Die andauernde Marginalisierung der koptischen Christinnen und Christen, der große Einfluss islamischer Institutionen im Staat und die mangelnden gesellschaftlichen Teilhabechancen der »Jugend vom Tahrir-Platz« bergen große Konfliktpotenziale.

Ziviler Friedensdienst in Ägypten

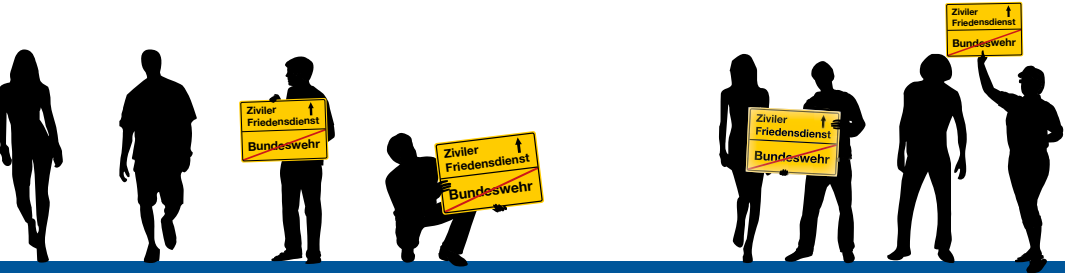
Diese »Jugend vom Tahrir-Platz« sollte auch im weiteren Transformationsprozess ein wesentlicher Akteur sein. Denn die jüngsten Ereignisse zeigen, dass bestehende Verbände, Vereine oder Parteien kaum geeignete Organisationsformen sind, um den Reformgedanken fortzuführen. Zudem werden strukturelle Voraussetzungen für eine politische Teilhabe notwendig sein, um einen wirklichen Wandel staatlicher Institutionen herbeiführen zu können.

Internationale zivilgesellschaftliche Akteure können dazu beitragen, dass der öffentliche und kritische Dialog über den Reformprozess gestärkt und die »Jugend vom Tahrir-Platz« darin eingebunden wird. Die Erfahrungen und Methoden des ZFD können hier sehr hilfreich sein. Die Wirkungspotenziale des ZFD hängen dabei wesentlich von den Zugängen zu Partnerinnen und Partnern in eben dieser neuen Jugendbewegung ab.

Zur gewaltfreien Bearbeitung der Konflikte können dem ZFD verschiedene Ansätze dienen: Die Jugendbewegung und der Rechtsstaat müssen gestärkt werden; der Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie zwischen den Religionen muss ebenso gefördert werden wie eine unabhängige, konfliktsensible und an ethischen Standards orientierte Medienarbeit.

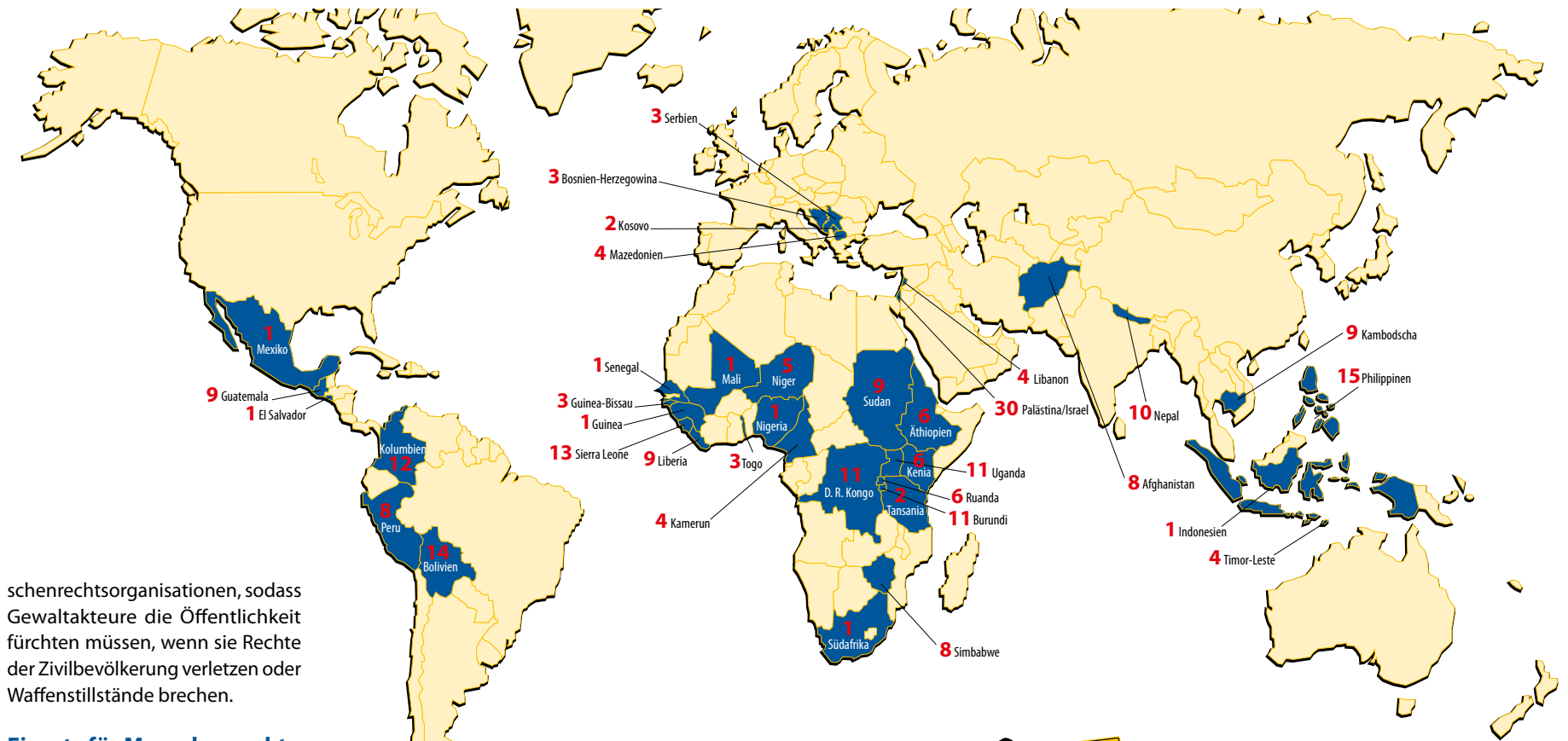
Nicht nur die Situation in Ägypten stellt den ZFD vor neue Herausforderungen. In vielen arabischen Ländern wird die Forderung der Gesellschaften nach mehr Beteiligung und Mitbestimmung mit Gewalt beantwortet. Wo zivilgesellschaftliche Gruppen die Unterstützung anfragen, sollte der ZFD einen gewaltfreien Weg zur Demokratie unterstützen.

Junge und alte Menschen, Männer und Frauen, Muslime und Christen demonstrierten wochenlang weitgehend friedlich auf dem Tahrir-Platz in Kairo – hier Krankenschwestern und Ärzte eines Kairoer Krankenhauses.



Ziviler Friedensdienst weltweit – ein Überblick

Anzahl der Friedensfachkräfte im Einsatz (Stand 31. Dezember 2010)



schenrechtsorganisationen, sodass Gewaltakteure die Öffentlichkeit fürchten müssen, wenn sie Rechte der Zivilbevölkerung verletzen oder Waffenstillstände brechen.

Einsatz für Menschenrechte

In Bürgerkriegen ist die Zivilbevölkerung besonders gefährdet. Wer sich für Demokratie, Menschenrechte und Versöhnung einsetzt, wird vielfach bedroht. Eine Präsenz internationaler Begleiter/-innen des ZFD bietet den Betroffenen Schutz, weil sie Öffentlichkeit herstellt. Dieser Einsatz ist insbesondere dort gefor-

dert, wo latente Konflikte immer wieder gewaltsam eskalieren. Beispiele sind die philippinische Insel Mindanao oder Kirgisistan, wo im Jahr 2010 ein Massaker an der usbekischen Minderheit stattfand.

Burundi

Die Konflikte

Seit der Unabhängigkeit 1960 führten Machtkämpfe, meist zwischen Hutus und Tutsis, zu mehreren Bürgerkriegen. Allein zwischen 1993 und 2001 wurden 250.000 bis 350.000 Menschen getötet, 1,4 Millionen, mehrheitlich Hutus, vertrieben. Aktuell gibt es rund 470.000 Vertriebene, die meisten in Tansania. Die politische Lage ist weiter instabil.

ZFD in Burundi ausbauen

Seit 2005 unterstützt der Weltfriedensdienst die burundische Nicht-regierungsorganisation Mi-PAREC (Ministry for Peace and Reconciliation Under the Cross) im Rahmen eines ZFD-Projektes. Ziel ist die Versöhnung von Tätern und Opfern der Bürgerkriege. Auf diesem langen Weg brauchen die Menschen Unterstützung.

Mi-PAREC schafft Räume und Anlässe für Verständigung und Versöhnung. Dazu werden lokale Friedenskomitees weitergebildet und bei ihrer Arbeit begleitet. Sie organisieren Sport- und Kulturveranstaltungen, bei denen sich Täter und Opfer begegnen und miteinander reden lernen. 2008 kooperierte Mi-PAREC mit 270 Friedenskomitees und führte 19 Kulturtage durch. Mittlerweile gibt es vielerorts funktionierende Friedenskomitees, die zur Anlaufstelle bei jeder Art von Konflikten geworden sind. Das Justizwesen ist personell überfordert, viele Bürgerinnen und Bürger Burundis können die Kosten öffentlicher Justizverfahren nicht aufbringen. So kommt dem kostenlosen Angebot der Friedenskomitees eine umso wichtigere Rolle zu. Traditionelle Friedensrichterinnen und Friedensrichter und die staatliche Justiz werden in die Arbeit der Friedenskomitees einbezogen.

Die Arbeit von Mi-PAREC, derzeit von zwei Friedensfachkräften unterstützt, ist kaum mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Begrenzte finanzielle Mittel verhindern die mögliche Ausweitung, zumal trotz steigender Nachfrage die Qualität des Angebots bewahrt werden muss. Zusätzliche Mittel könnten hier gewaltmindernd und zukunftssträchtig eingesetzt werden.

Jugendarbeit und Bildung

Feindbilder und Vorurteile führen zu Konflikten, durch Gewalt und Krieg werden sie verstärkt. Der Abbau von Feindbildern zählt zu den langfristigen Aufgaben des ZFD. In Kroatien wurde die Integration von serbischen Vertriebenen und bosnisch-kroatischen Flüchtlingen durch den Aufbau gemeinsamer Jugendeinrichtungen ermöglicht. Nach dem Bürgerkrieg in Mazedonien führt der ZFD dort Modellprojekte für gemeinsamen Unterricht mazedonischer und albanischer Schüler/-innen durch und berät das Bildungsministerium bei der Entwicklung interkultureller Lehrpläne.

Vergangenheit aufarbeiten, Versöhnung ermöglichen

Die Fachkräfte des ZFD unterstützen die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, ermöglichen den Dialog zwischen ehemaligen Gegnern, Tätern und Opfern. Sie tun dies beispielsweise mit der Unterstützung von Wahrheitskommissionen auf dem Balkan oder von Friedenskomitees, die Begegnungen von Opfern und Tätern nach dem Völkermord in Burundi organisieren.



Bosnien und Herzegowina

Die Konflikte

15 Jahre nach Kriegsende ist Bosnien-Herzegowina noch immer ein gespaltenes Land. Vorurteile zwischen Serben/-innen, Bosniaken/-innen und Kroaten/-innen nehmen wieder zu, Parteienlandschaft, Medien und Teile der Zivilgesellschaft sind entlang ethnischer Zugehörigkeiten zersplittert. Zuletzt waren wieder vereinzelt ethnisch motivierte Gewalttaten zu verzeichnen. Während bosniakische Politiker/-innen eine dritte, kroatische Entität fordern, streben Wortführer/-innen der serbischen Teilrepublik nach Unabhängigkeit. Unter jenen, die in den letzten Jahren in ihre Heimatorte zurückgekehrt sind, wächst die Angst vor neuer Vertreibung.

ZFD in Bosnien-Herzegowina ausbauen

Untersuchungen zeigen, dass die Erinnerung an Ereignisse aus dem Krieg die Meinung über die jeweils anderen dominiert. Der ZFD kann dazu beitragen, diese Gräben zu überwinden und damit neue politische Mehrheiten für notwendige Reformen zu stärken. Den Feindbildern und der kriegsverherrlichenden Erinnerungskultur der einzelnen Gruppen setzt er den Aufbau einer Erinnerungskultur entgegen, die alle Gruppen einschließt.

Dieser Wandel wird durch den Bau gemeinsamer Kriegsdenkmäler unterstützt. Dabei ist eine breite, öffentliche Diskussion bei der Entwicklung eines Denkmals oft ebenso wichtig wie das Denkmal selbst. Der ZFD hat besondere Erfahrung in der Gestaltung von Diskussionsprozessen dieser Art. Die Einführung eines bosnisch-herzegowinischen Friedenspreises für Literatur oder öffentliche Aktionen zum Internationalen Friedenstag können dazu beitragen, den Blick der Menschen stärker auf eine gemeinsame Zukunft zu richten. Aktuell unterstützen drei Friedensfachkräfte Versöhnungsarbeit in Bosnien-Herzegowina. Zehn Friedensfachkräfte könnten in einem ZFD-Programm für den Wandel der Erinnerungskultur eingesetzt werden. Die Kosten dafür würden ungefähr 1 Million Euro betragen.

Kosten für militärische Einsätze

Das fortdauernde militärische Engagement der EU zur »militärischen Absicherung des Friedensvertrags von Dayton« kostet über 70 Millionen Euro jährlich. Hinzu kommen die Kosten für aktuell etwa 2.000 Soldatinnen und Soldaten, die direkt von den Mitgliedstaaten getragen werden.





Berlin



© forumZFD

Machen Sie mit!

Unterzeichnen und Foto machen

Unterzeichnen Sie die Forderung auf der beiliegenden Postkarte oder im Internet. Sie können die Kampagne auch mit einem Aktionsfoto unterstützen. Bestellen Sie dazu weitere Postkarten und Kampagnenschilder, machen Sie mit Freunden ein Foto, und laden Sie es auf der Website www.20millionen-mehr-vom-militaer.de hoch.

Unterschriften sammeln und informieren

Beteiligen Sie sich an der Unterschriftensammlung unter Freunden und Bekannten oder mit einem eigenen Infostand.

Bestellen Sie die Aktionsmaterialien:

Kampagnenzeitung

Hintergründe & Argumente

Flyer

Kurzinformation für Unterzeichner/-innen mit Postkarte

Unterschriftenliste

Platz für mehr Unterschriften für den ZFD

Schilder

Für Ihre Fotoaktion zur Kampagne

Kampagnenlogo als Ansteckbutton

Die Kampagne sichtbar machen mit unserem Button

Bei Bestellung bitten wir um eine Spende zur Begleichung der Versandkosten.



Kontakt

Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär«
c/o Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Wesselstraße 12, 53113 Bonn
Telefon: 02 28 8 50 29 60
kontakt@20millionen-mehr-vom-militaer.de
www.20millionen-mehr-vom-militaer.de

Spenden, damit der ZFD gehört wird!

Spendenkonto: 82 40 101
BLZ: 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: Kampagne

Davao, Philippinen



© forumZFD

Interview mit Winfried Nachtwei »Die Forderung ist sehr berechtigt«



© privat

Winfried Nachtwei war von 1994 bis 2009 Abgeordneter der Grünen im Deutschen Bundestag. Sein Engagement für zivile Krisenprävention ist parteiübergreifend anerkannt.

Herr Nachtwei, die Forderung der Kampagne »20 Millionen vom Militär« für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes sorgt für etwas Ärger unter manchen Politikerinnen und Politikern. Können Sie das nachvollziehen?

Die Forderung ist erst einmal sehr berechtigt, weil die Diskrepanz zwischen den militärischen Mitteln der Sicherheitspolitik und den Mitteln für zivile Krisenprävention extrem ist und im jetzigen Ausmaß auch dem Friedensauftrag des Grundgesetzes widerspricht. Die Forderung zu erfüllen, wäre also sinnvoll. Dass sie etwas Streit befördert, macht auch Sinn, weil dieses Politikfeld unter Streitmangel leidet und dadurch besonders wenig Aufmerksamkeit findet. Damit die Forderung Erfolg versprechend ist, sollte sie nicht gegen das Militär insgesamt gerichtet werden, sondern gegen einzelne, offensichtlich unsinnige Investitionen.

Sie selbst haben in Ihrer Zeit als Bundestagsabgeordneter Umwidmungen aus dem Verteidigungshaushalt erreicht. Wie hat das funktioniert?

Das gelang einmal für die Deutsche Stiftung Friedensforschung. Ich

habe zur Zeit unserer rot-grünen Koalition mit einer Skandalisierung gedroht, indem ich die Ausstattung der Stiftung mit den Mitteln für die Militärforschung verglich. Und in der Auseinandersetzung um das sicherheitspolitisch äußerst zweifelhafte Raketenabwehrsystem MEADS konnte ich die Umwidmung von zehn Millionen Euro aus dem Einzelplan für Verteidigung in den Aktionsplan zivile Krisenprävention aushandeln. Dafür musste eine haushaltspolitische Begründung her. Die lautete: Die Vorbeugung von Gewalt ist im Sinne der Bundeswehr.

Mit der Kampagne wollen wir den Zivilen Friedensdienst mehr in den Fokus der politischen Debatte rücken. Kann das gelingen?

Ja. Dafür wird es entscheidend sein, einerseits das Missverhältnis zwischen friedenspolitischem Anspruch und friedenspolitischen Fähigkeiten der Bundesregierung zu skandalisieren und andererseits klar, überzeugend und einleuchtend zu zeigen, welche erfolgreichen Ansätze es gibt, die die Gesellschaft vergleichsweise weniger kosten. Wichtig sind außerdem Verbündete in der Außen- und Sicherheitspolitik, nicht zuletzt auch Soldatinnen und Soldaten. Gerade viele, die im Auslandseinsatz waren, fordern von der Politik mehr Einsatz für zivile Krisenprävention.

Herr Nachtwei, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Idstein



© Kerstin Meinhardt

Bonn



© forumZFD

Keine Postkarte?

Online mitmachen auf: www.20millionen-mehr-vom-militaer.de



© forumZFD



IMPRESSUM

Frieden braucht Fachleute – Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e.V. – Ausgabe 2/2011. ISSN 1612-6858. Die Abgabe der Zeitung ist kostenfrei. *Frieden braucht Fachleute* erscheint viermal jährlich und wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.
Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e.V. ■ Wesselstraße 12 ■ 53113 Bonn ■ Tel: 02 28 85 02 96-0 ■ kontakt@forumZFD.de ■ www.forumZFD.de
Redaktion: Christoph Bongard, André Madaus, Thomas Meinhardt, Heinz Wagner (verantw.)
Für Beiträge zu dieser Zeitung danken wir: Jule Schultz, Björn Zimprich, Martin Zint
Verlag, Entwurf und Gestaltung: ■ meinhardt Verlag und Agentur ■ www.meinhardt.info
Druck: CW Niemeyer, Hameln
Spendenkonto: Kto-Nr.: 82 40 101, BLZ 370 205 00, Bank für Sozialwirtschaft